

Pressemitteilung



„Wir müssen sagen, was Sache ist“

Ärztepräsident Hoppe unterstützt Protest niedergelassener Ärzte

Berlin, 14.12.2005 – Ärztestreiks in Krankenhäusern und nun auch Demonstrationen niedergelassener Ärzte: Dem Aufruf ärztlicher Berufsverbände zu einer landesweiten Protestkundgebung in Stuttgart sind heute Tausende von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten aus ganz Baden-Württemberg gefolgt.

Bundesärztekammer-Präsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe unterstützte als Gastredner den Protest gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen der Ärzte und die Mangelversorgung der Patienten ausdrücklich: „Wir müssen sagen, was Sache ist, und wir müssen klarmachen, dass die Finanzierung des Gesundheitswesens genauso marode ist wie die der Rentenversicherung. Dass wir dennoch eine gute medizinische Versorgung haben, ist ausschließlich dem Engagement der Ärztinnen und Ärzte zu verdanken, die mit Millionen Überstunden in den Krankenhäusern und einem enormen Honorarverzicht im ambulanten Bereich die Versorgung aufrechterhalten“, sagte Hoppe. Das ganze Umfeld des Arztberufes stimme nicht mehr. „Verbürokratisierung, Durchökonomisierung, Checklistenmedizin und Spargesetze – das sind heutzutage die Rahmenbedingungen ärztlicher Berufsausübung. Dagegen müssen wir angehen, argumentativ – und wenn das nicht hilft – eben demonstrativ.“

Versorgungsstrukturen müssten primär am medizinischen Bedarf der Patienten ausgerichtet sein und nicht an ökonomischen Einsparzielen. Deshalb auch forderten die Ärzte einen Wettbewerb um Qualität und nicht, wie es die Große Koalition offensichtlich plane, einen ruinösen Preiswettbewerb. „Wir streiten für wirkliche Chancengleichheit in der Heilbehandlung. Wir wollen, dass

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

**Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Hans-Jörg Freese
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

tatsächlich jeder den gleichen Zugang zur Versorgung hat. Wir wollen eine bedarfsgerechte Struktur in der Krankenhausversorgung – auch und gerade in ländlichen Gebieten. Und wir wollen eine fachärztliche Versorgung in zumutbarer Entfernung gewährleistet wissen“, erklärte der Ärztepräsident.